

Auf dem Papier ist die Situation klar: Der Rettungsdienst ist beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration angesiedelt, und das Ministerium hat die sogenannte Rechtsaufsicht. Die praktische Verantwortung hat es allerdings an die 26 Landkreise und kreisfreien Städte abgegeben. Der Rettungsdienst funktioniert also in kommunaler Selbstverwaltung. Die Kreise und die kreisfreien Städte wiederum beauftragen zum Beispiel das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfallhilfe, den Arbeiter-Samariter-Bund, den Malteser-Hilfsdienst oder eine Berufsfeuerwehr mit der tatsächlichen Ausführung.

Finanziert wird das Rettungswesen von den Krankenkassen. Sie sind gesetzlich verpflichtet, Rettungsmittel wie Krankenwagen, Personal, Rettungswachen oder neueste Techniken zu bezahlen. Im vergangenen Jahr haben die Krankenkassen in Hessen knapp 240 Millionen Euro für das Rettungswesen ausgegeben – Tendenz steigend.

Hilfsfristen werden oft nicht eingehalten

Zahlen, die hr-iNFO vorliegen, beweisen jedoch, dass mehr als die Hälfte der 26 Landkreise und kreisfreien Städte seit Jahren die 10-Minuten-Frist nicht einhält, obwohl sie gesetzlich daran gebunden sind. Die Gründe dafür sind vielschichtig.

Oft sind es ländliche Kreise, die Probleme mit der Hilfsfrist haben. So erfüllte der Vogelsbergkreis zum Beispiel diese Frist im Jahr 2012 nur zu 73 statt zu 90 Prozent. Diese Landkreise haben damit zu kämpfen, dass die Wege zwischen den Ortschaften in oft dünnbesiedelten Regionen zu weit sind oder dass die Straßen im Winter nicht immer befahrbar sind. Diese Faktoren erschweren es, die 10-Minuten-Frist einzuhalten.

Krankenkassen sprechen von Strukturproblemen

Das sei allerdings keine Rechtfertigung dafür, dass die Kreise in punkto Organisation des Rettungsdienstes nicht das tun, was möglich ist. Diese Aussage des Pressesprechers aus dem Vogelsbergkreis unterstützen die Krankenkassen, die für die Finanzierung zuständig sind. Nach Meinung der AOK Hessen – die federführend bei den Verhandlungen über das Rettungsdienst-Budget ist – gibt es Strukturprobleme bei der Organisation des Rettungsdienstes in den entsprechenden Landkreisen. In einer schriftlichen Stellungnahme der AOK Hessen heißt es:

"Strukturproblem – ja. [...] Es sollten, deutlich intensiver als heute, die Strukturen den tatsächlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen angepasst werden. [...] Sicherlich könnte man sich in einigen Regionen der 90-Prozent-Marke annähern, wenn eine risikobemessene Vorhaltung – sprich: eine noch bessere, vorausschauende und am tatsächlichen Unfallgeschehen errechnete Verteilung der Rettungswagen – auch über Landkreisgrenzen hinweg – Usus wäre."

Landkreise sehen Krankenkassen in der Pflicht

Die betroffenen Landkreise wiederum beklagen sich teilweise darüber, dass die Krankenkassen oft nicht oder nur nach zähen und langwierigen Verhandlungen bereit sind, für neue Rettungsfahrzeuge, Wachen, moderne Technik und vor allem für das entsprechende Personal aufzukommen. Leo Latasch, der Ärztlich Leiter des Rettungsdienstes in Frankfurt, schildert die dortige Situation so:

"Die Kasse ist verpflichtet das [gemeint ist der Rettungsdienst, Anm.d.Red.] zu finanzieren. [...] Die Rettungsmedizin ist eine originäre Aufgabe der Krankenkassen. Und da muss man sagen – da hakt es. Ganz deutlich."

Es gibt aber noch weitere Gründe, warum die 10-Minuten-Frist oft nicht eingehalten wird. Die Einsätze für Krankenwagen und die Notarzteeinsatzfahrzeuge nehmen von Jahr zu Jahr zu. Das hat zum einen damit zu tun, dass die Menschen immer älter und immer kränker werden und somit öfter auf den Rettungsdienst angewiesen sind. Hinzu kommt eine neue Entwicklung beim Ärztlichen Bereitschaftsdienst: Dieser ist zentralisiert worden und nun sind die Anfahrtswege für die Patienten von zu Hause bis zur nächsten Zentrale weiter geworden. Oft scheint der Weg nach Ansicht einiger Ärztlicher Rettungsdienst-Leiter zu weit zu sein – denn statt sich selber ins Auto zu setzen, rufen die Betroffenen dann eher den Rettungswagen.

Welche Lösungsansätze gibt es?

Mehr Rettungswagen, mehr Personal, Technik auf dem neuesten Stand, mehr Rettungswachen: Das würde nach Ansicht der Beteiligten am Rettungsdienst in den Landkreisen helfen, die 10-Minuten-Frist besser zu erfüllen.

Nach Meinung der AOK Hessen müssten die Landkreise und kreisfreien Städte zusätzlich über ihre Grenzen hinaus zusammenarbeiten und besser organisiert sein. Es gibt seit Jahren ein Pilotprojekt in Südhessen zwischen Darmstadt, Darmstadt-Dieburg und dem Landkreis Bergstraße. Die Einhaltung der 10-Minuten-Frist hat sich in dieser Zeit – nach Angaben der Krankenkasse – verbessert.

Den hr-iNFO-Recherchen zufolge müsste außerdem das Hessische Sozialministerium, das die Rechtsaufsicht über den Rettungsdienst hat, die Landkreise insgesamt stärker kontrollieren und überprüfen, ob sie die 10-Minuten-Frist einhalten. Schließlich ist die Hilfsfrist einer der wichtigsten Faktoren, die anzeigen, ob der Rettungsdienst in einem Landkreis gut oder schlecht geplant worden ist. Die Recherche hat allerdings ergeben, dass im Ministerium kein kompletter und valider Überblick über die Einhaltung der 10-Minuten-Frist besteht. So hat zum Beispiel der Werra-Meißner-Kreis nach eigenen Angaben seit fünf Jahren keine Zahlen mehr an das Ministerium zurückgemeldet – ohne Konsequenz.

Grüttner will Hilfsfristen überprüfen

Seines Wissens sei die 10-Minuten-Hilfsfrist im vergangenen Jahr in 86 Prozent der Fälle eingehalten worden, sagte Sozialminister Stefan Grüttner (CDU) in einer ersten Reaktion auf die hr-Recherchen. Er werde jedoch die Berichte prüfen: "Wir gehen natürlich solchen Hinweisen sehr intensiv nach, denn letztendlich entscheidet ein funktionierender Rettungsdienst manchmal über Leben und Tod."